

+43 1 531 20-0
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.258.553

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 960/J-NR/2025 betreffend Inanspruchnahme integrativer Lehre, die die Abgeordneten zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen am 27. März 2025 an mich richteten, darf ich anhand der mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 3:

- *Wie viele integrative Lehrverträge wurden im Jahr 2024 abgeschlossen? (Bitte um Auflistung der jeweiligen Lehrdauer)*
- *Wie viele Lehrlinge haben in diesem Zeitraum die Lehrausbildung positiv abgeschlossen?*
- *Wie viele Lehrlinge haben in diesem Zeitraum vorzeitig abgebrochen bzw nicht positiv abgeschlossen?*

Die Vollziehung des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) – und damit die Protokollierung von Lehrverträgen durch die Lehrlingsstellen – obliegt nicht dem Bundesministerium für Bildung. Gleiches gilt für die Lehrabschlussprüfung und das entsprechende Datenmonitoring einschließlich der Erfassung von Daten zu Lehrabbrüchen.

Zu den Fragen 4 bis 9:

- *Ist der Bedarf der Berufsausbildungsassistenten zurzeit gedeckt?*
- *Werden nach wie vor Teilnehmer der Berufsausbildungsassistenz jährlich befragt?*
 - a. *Wenn ja, mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, wieso nicht?*
- *Welche Kosten sind im Jahr 2024 pro Lehrling entstanden?*
- *Wie setzen sich diese Kosten zusammen?*
- *Welche Förderungen in welchem Umfang bestehen aktuell seitens Ihres Ministeriums?*
 - a. *Welche Voraussetzungen bestehen für Förderungen?*

➤ *Gibt es derzeit Pläne, die integrative Lehre weiter auszubauen?*

Die vom Sozialministeriumsservice organisierte und bereitgestellte Berufsausbildungsassistenz wird gemäß § 6 Abs. 2 lit. d des Behinderteneinstellungsgesetzes aus Mitteln des Ausgleichstaxfonds finanziert und liegt damit nicht in der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bildung. Demgemäß bestehen seitens des Bundesministeriums für Bildung keine Förderungen für die Berufsausbildung nach § 8b Berufsausbildungsgesetz (BAG), da keine Zuständigkeit für den betrieblichen oder überbetrieblichen Ausbildungsanteil der dualen Ausbildung gegeben ist. Vergleichbares gilt hinsichtlich des angesprochenen Ausbaus der Berufsausbildung nach § 8b BAG.

Ergänzt wird, dass seitens des Bundesministeriums für Bildung Kosten für den Lehrpersonaleinsatz im Rahmen des Berufsschulunterrichts entstehen. Der Bund refundiert den Ländern im Rahmen der genehmigten Stellenpläne 50% der Kosten für das Lehrpersonal. Eine Zuordnung der Kosten nach Lehrvertragsart ist allerdings nicht möglich, weshalb auch eine Darstellung der Kosten pro Lehrling in einer Ausbildung nach § 8b BAG nicht durchführbar ist.

Wien, 27. Mai 2025

Christoph Wiederkehr, MA

